

Geschichte nach vorne verstehen

Die Krise als Chance

Zur gesellschaftlichen Dimension der Covid19-Pandemie

Gerald Häfner

(Dieser Artikel erscheint parallel in einer Broschüre der Goetheanum-Leitung mit rund 10 verschiedenen Texten zu Corona.)

Krisen synchronisieren – und individualisieren uns zugleich. Wir alle folgen den gleichen Vorgaben, dürfen alle die gleichen Dinge nicht mehr tun – und sind doch plötzlich Monaden, strikt voneinander getrennt. Es hat fast etwas Gespenstisches, wenn die Menschen, wie von einer fernen Choreographie gesteuert, von einem Tag auf den anderen in ihren Häusern bleiben, wenn das öffentliche Leben er stirbt, wenn sie nicht mehr aufeinander zu-, sondern einander gewissenhaft aus dem Weg gehen, nicht mehr zusammenströmen, sondern den größtmöglichen Bogen um den anderen machen. Was sich so von außen beobachten lässt, findet ein Pendant im Inneren. Denn was ich tue, tue ich für andere – und diese für mich. Ich mache es alleine, ganz für mich, aber es macht nur Sinn, wenn alle es tun.

Mit der Gesellschaft ist es eine merkwürdige Sache. Es gibt Zeiten, da scheint alles fest und unabänderlich, wie in Beton gegossen. Und es gibt Zeiten, da ändert sich alles, schlagartig, von einem Tag auf den anderen. So jetzt. Etwas nie für möglich Gehaltenes ist eingetreten: Die Schulen, Kindergärten und Theater geschlossen, die Kirchen, Museen und Sporthallen geschlossen, die Geschäfte, Hotels und Restaurants geschlossen, die Spielplätze und Parks, die Betriebe und sogar die Grenzen geschlossen. Die Menschen in den Wohnungen eingesperrt – und wenn sie sich vor die Tür wagen, dann höchstens alleine oder zu zweit, in großem Abstand und mit Mundschutz. Und das nicht für einen Tag, nicht für ein Wochenende, sondern zum Teil schon seit Monaten.

Kleine, mittlere und große, weltweit operierende Unternehmen, auch solche, die gerade noch zu den erfolgreichsten gehörten, verlieren fast ihren ge-

samten Wert, stehen am Abgrund, müssen Konkurs anmelden oder werden zur hilflosen Beute gieriger Finanzspekulanten. Flugzeuge bleiben am Boden, die Mitarbeiter zuhause, Reisen, Konferenzen, Kultur- und Sportveranstaltungen werden abgesagt. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, viele auch ihr Einkommen, nicht wenige verlieren dazu den Mut, den Sinn und den Kontakt zu ihren Lieben. Die Welt ist eine andere geworden. Und die Menschheit hat Angst.

Die Öffentlichkeit wird derzeit ganz überwiegend von zwei eng verwandten Reflexen bestimmt: Angst und Abwehr. Das Virus wird von den Regierungen weltweit als Feind ins Visier genommen und mit kriegsähnlichen Handlungen bekämpft. In Frankreich spricht der Präsident bewusst martialisch vom Krieg gegen das Virus. Der Präsident der USA stellt das Ganze gar als eine ausländische Invasion dar, gegen die das mächtige Amerika mit allen Mitteln kämpfe. Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich demnach im Kampf gegen das ‚Chinesische Virus‘ – und die Regierung verlangt sogar von den Vereinten Nationen, das offiziell so festzustellen. Die Reaktionsmuster sind nicht überall gleich, es gibt durchaus Nuancen, die viel über die Denkweise und den Charakter bestimmter Politiker, über die Kultur eines Landes und über den Reifegrad einer Gesellschaft erzählen, doch die aggressiv-kämpferische Denkweise überwiegt.

Darin zeigt sich ein Denk-, und Reaktionsmuster, das ein feindliches Verhältnis zur Welt kultiviert, eine Handlungsweise im Kampfmodus, in Abwehr-, Eroberungs- oder Herrscherverhalten. Alles, was nicht integriert werden kann in den Rahmen des vertrauten Weltbildes, wird ausgeblendet oder vernichtet. Was dabei geschieht, ist das Gegenteil dessen, was in einer aufbauenden Weise im Umgang mit der Situation getan werden könnte oder sollte. Menschen zu isolieren, auszugrenzen aus ihrer schaffenden Tätigkeit, sie einzuschränken in ihrem gewohnten Bewegungsdrang, all dies schwächt massiv die menschliche Fähigkeit, sich in gesunder Weise mit einer möglichen Bedrohung durch das Virus auseinanderzusetzen. Hilfreich wäre in dieser Hinsicht genau das Gegenteil, wären soziale Kontakte, Wärme, Nähe, Begegnung, aber auch Bewegung, Sonne, frische Luft, Freude und Sinn im Leben und im Tun. Inzwischen wird sogar öffentlich darüber gestritten, was letztlich die schlimmeren Folgen habe: Die Ansteckung vieler Menschen mit dem Virus oder die Maßnahmen zu seiner Abwehr.

Pandemie als Aufwacherlebnis für die Menschheit?

Der Blick auf die soziale Dimension des Geschehens richtet sich hier ganz bewusst nicht auf das Anprangern oder die Aufarbeitung von Fehlern und Versäumnissen, nicht auf eine Analyse des Geschehenen, sondern versucht vielmehr, vorsichtig und tastend, im Verständnis des Geschehens um die Corona-Pandemie einen Blick nach vorne.

Im Sozialen ist ein gänzlich abstraktes, neutrales Darstellen eine Illusion. Vielmehr ist die Art, wie wir etwas anschauen, verstehen und beschreiben, das noch im Geschehen ist, immer zugleich auch ein Stück Mit-Bewirken. Denn das Soziale bildet sich zwischen den Menschen; alle sind daran beteiligt. Wir sind dabei keine neutralen Zuschauer, sondern sind mit verantwortlich, etwa auch dafür, was daraus entsteht. Aus dieser Perspektive voller Mitverantwortung ist dieser Beitrag verfasst.

Eine Krankheit kommt immer ungelegen. Wir haben Wichtigeres zu tun als krank zu sein. Manchmal aber geht es nicht anders. Dann müssen wir der Krankheit Zeit und Raum geben. Wer dann aufmerksam in sich hineinhört, findet fast immer Gründe, warum er krank wurde. Denn jede Krankheit hat auch einen Grund – und einen spezifischen Sinn.

Könnte nicht, so wie jede Krankheit für den einzelnen Menschen einen biographischen Sinn hat, dies auch bei einer Pandemie der Fall sein – nur dann für die ganze Menschheit? Wie uns Krankheiten individuell oft darauf stoßen, dass wir etwas Bestimmtes in unserer Biographie nicht bewältigt haben, und uns zwingen, uns damit auseinanderzusetzen, so könnte eine Pandemie eine Art Trick der Natur sein, die ganze Menschheit mit bestimmten, bislang verdrängten Fragen zu konfrontieren und bisher versäumte Schritte zu tun. Meist muss der Patient begreifen, dass seine bisherige Lebensweise ungesund war und er sich eine andere angewöhnen muss, will er wieder gesund werden und noch länger leben.

Es ist unverkennbar, dass wir als Menschheit immer weiter in einen Modus geraten sind, durch den wir die Welt zerstören, ihr feindlich gegenüberstehen und versuchen, sie auszubeuten und zu beherrschen – und durch den wir selbst, um es sehr verkürzt zu sagen, von allem nur noch den Preis kennen und von nichts mehr den Wert. So haben wir zunehmend die Verbindung verloren: zu unseren Mitmenschen, zu uns selbst, viel mehr aber noch zur Natur und zu all den anderen Wesen, die mit uns diese Welt bevölkern und beleben.

Wissenschaft und Technik sind Realisierungen unseres Denkens und unseres Willens. Diese beide halten in rasendem Tempo die Welt in Atem. Zurückgeblieben sind dabei Beziehung oder Verbindung – die Qualitäten unseres Herzens, unserer Lunge, unserer Mitte. Dieses Virus wirkt ja insbesondere auf unsere Mitte, also auf das, was zwischen Denken und Gliedmaßen als menschliche Mitte die Verbindung zur Welt schafft. Hier, im Atem und im Herzschlag, bin ich bei mir und zugleich ganz verbunden mit der Welt. Ich nehme mit jedem Atemzug Welt in mich auf und verströme wiederum beim Ausatmen einen Teil von mir in die Welt. Aber gerade hier entfaltet das Virus seine krankmachende Wirkung.

Nicht nach hinten, sondern nach vorne begreifen

Alleine zuhause, und immer mehr auf das Internet angewiesen, verlieren wir zunehmend unsere Stüt-

zen in der äußeren Wirklichkeit. Wir verlieren unsere Sicherheit und unsere Gewissheiten – im Ökonomischen, im Sozialen, aber auch im Geistigen und Politischen. Wir wissen zunehmend weniger, was stimmt. Es gibt unendlich viele Narrative, Erzählungen und Einschätzungen, was hinter dem Ganzen steht. Stammt das Virus tatsächlich von einer Fledermausart, die in Wuhan auf einem Wildtiermarkt gehandelt wurde? Oder wurde es – absichtlich oder versehentlich – durch das nahe gelegene Bio-Labor freigesetzt, in dem mit eben solchen Viren geforscht wird? Nicht nur hierüber tobt ein erbitterter Streit.

Auch sonst werden die Auseinandersetzungen heftiger, und die Narrative so unterschiedlich, dass es scheint, als lebten ihre Vertreter in unterschiedlichen Wirklichkeiten. Auffallend ist dabei die Heftigkeit der Urteile. Viele Gespräche sind heute nach einem ersten Abtasten schnell schon wieder beendet – zu inkompatibel erscheint dem einen die Weltsicht des anderen. Die Gewissheit auf der einen und die Unfähigkeit, mit anderem Erleben umzugehen, auf der anderen Seite befremden. Es entsteht wie ein inneres Gefühl der Scheingröße diesem Geschehen gegenüber, weil man meint, es genau erklären und damit auch wie bannen zu können. Damit verbunden ist fast immer ein Denken in Kategorien von Gut und Böse bzw. Schwarz und Weiß, was dem geschichtlichen Werden, in dem wir uns befinden, überhaupt nicht mehr angemessen ist.

Eine Hochzeit der Kontrolle und Überwachung

Tatsächlich erleben wir eine Hoch-Zeit für Erfassung und Kontrolle, etwa mittels Überwachungs-Apps oder durch den Plan, Chips zu implantieren, die anzeigen, ob jemand geimpft ist und ob jemand Antikörper hat oder nicht. In China muss man bereits heute eine App auf dem Handy haben, die das Ansteckungs-Risiko des Besitzers permanent in den Farben Rot, Gelb oder Grün anzeigt. Über die Zuordnung entscheiden die Behörden ohne Anhörung oder Einspruchsmöglichkeit des Besitzers. Diejenigen, bei denen das Handy rot leuchtet, dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Sie dürfen auch öffentliche Gebäude sowie die meisten Räume oder Geschäfte nicht mehr betreten. Sie werden aufgrund einer maschinellen Entscheidung daran gehindert. Und das ist nur ein erster Vorgeschmack. Wir werden uns in Zukunft mit noch weitergehenden Gefahren und Tendenzen auseinandersetzen müssen.

Das Weltgeschehen hat heute sehr viele Schichten und ist höchst komplex. Der gewöhnliche Verstand sucht nach einer einzigen, nach *der* Erklärung. Es muss immer die *eine* Ursache, den *einen* Grund geben, aus dem sich alles Folgende ableiten lässt. In diesem Verständnis verläuft Geschichte in Form von Ursachen und Folgen linear von A nach B. In der Wirklichkeit aber sind die Dinge meist ungleich komplexer und vielschichtiger. Selten genügt eine einzige Erklärung, um ein geschichtliches Ereignis umfassend verstehen und einordnen zu können. Die meisten Erklärungen treffen nur eine Schicht, einen Aspekt des Ganzen. Simple, reduktionistische Erzäh-

lungen wie die Überzeugung, das ganze Geschehen sei als Plan von einer bestimmten Person oder Stelle ausgeheckt und dann weltweit durchgeführt worden, gehen so fast immer fehl. Anthroposophische Geschichtsbetrachtung untersucht daher geschichtliche Tatsachen nicht nur in ihrer kausalen Folge, sondern belässt ihnen ihre Besonderheit und partielle Unverfügbarkeit und versucht eher, sie als Symptome zu verstehen: wie Verdichtungen bzw. sinnvolle Äußerungen einer umfassenderen Wirklichkeit, die sich dem Verstehen nicht entzieht, aber auch nicht vollständig enthüllt, die eher wie eine Sprache gelesen werden kann, bei der wir, je nach Fähigkeit und Horizont, immer noch weitere, zunächst verborgene Verständnisebenen erschließen können.

Deshalb sei ganz bewusst nach der soeben genannten noch eine andere, ebenso wahre, Sicht des Geschehens hier wenigstens kurz noch angedeutet: Wenn man einigermaßen auf das vertrauen darf, was sich an politischen Vorgängen und Äußerungen durch diverse Medien und persönliche Kontakte zu involvierten Personen verfolgen lässt, dann war, jedenfalls in den meisten Ländern, das zentrale Motiv der ergriffenen Maßnahmen nicht, Kontrolle, Überwachungen und Impfungen zu implementieren, sondern vielmehr: Menschen zu schützen und Menschenleben zu retten. Wenn das stimmt, so ist es eine überaus bemerkenswerte Tatsache, dass wir als Gesellschaft heute an einem Punkt angekommen sind, an dem wir nicht mehr bereit sind, eine größere Zahl von Menschenleben zu opfern, sondern an dem wirklich versucht wird, um jedes Menschenleben zu ringen. Das ist eine neue Stufe in der Menschheitsentwicklung. Und eine neue Erfahrung. Wir üben dabei, Solidarität zu leben, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Ute Hallaschka nennt das: „Die physische Distanz wahren aus innerer Nähe zum Nächsten“¹. Wir alle sind verbunden. „Wir sind ein Organismus. Ein Menschheitskörper.“²

In diesem Zusammenhang scheint mir noch etwas wichtig: Natürlich kann man allen Mutmaßungen, Indizien und Beweisen nachgehen, um den Verursacher eines historischen Geschehens zu identifizieren. Doch führt das am Ende kaum oder gar nicht zu einer Lösung. Öfter, als man denkt, verhält es sich sogar umgekehrt. Wer auf jemanden mit dem Finger zeigen kann und sagen: „Der war’s“, hat das Problem noch lange nicht gemeistert.

Ich möchte es so formulieren: Immer weniger können wir die Situationen, in denen wir leben, nach hinten verstehen. Wir können diese Situationen vielmehr nur noch nach vorne begreifen.

Die Rätsel, die die Geschichte uns stellt, können wir nicht nach hinten, sondern nur noch nach vorne lösen. Nach vorne begreifen und lösen heißt: Der „Haltet den Dieb!“-Gestus ist bei den großen Prüfungen, in die die Menschheit geht, nicht mehr interessant und nicht mehr relevant. Denn es hilft uns nichts, einen (oder viele) Schuldige benennen zu können.

¹ Ute Hallaschka, „Menschheit“, in: *Gegenwart – Zeitschrift für Kultur, Politik, Wirtschaft*, Nr. 2/2020, S. 26.
² a.a.O.

Es hilft nichts, mit den Fingern auf andere zu weisen und sich selbst einen schlanken Fuß zu machen. Drei Finger meiner Hand weisen dabei immer auf mich zurück. Die Frage lautet nicht nur: Wie kann ich das Geschehen nach möglichst vielen Ebenen und Seiten hin verstehen, sondern auch: Was kann ich, was können wir beitragen? Was, zum Beispiel, kann ich künftig anders machen?

Richtig ist: Krisen dienen immer auch als Gelegenheit, politische Ziele im Rahmen vermeintlicher Sachzwänge durchzusetzen und dabei grundlegende öffentliche Diskussionen zu vermeiden.

Richtig ist aber auch: Krisen bergen in sich immer auch die Möglichkeit, falsche Verfahrensweisen und Entscheidungen zurückzunehmen, nicht fortzusetzen, und die öffentliche Diskussion über und Unterstützung für neue, bessere Wege zu suchen.

Es ist offen. Nach beiden Seiten. Es ist eben nicht vorherbestimmt, was daraus wird. Was aus einer Krise entsteht, liegt in unserer Hand. Die Art, wie wir eine Krise verstehen, sowie die Entschlüsse, die wir in ihrem Angesicht fassen, entscheiden mit darüber.

„Follow the science“

Ein markantes Charakteristikum der mit dem weltweiten Auftreten des neuartigen Corona-Virus einhergehenden Krise ist, dass sämtliche politischen Maßnahmen den Vorgaben einer vergleichsweise überschaubaren Zahl von Wissenschaftlern folgen. Es sind im wesentlichen Virologen und Epidemiologen, die den Kurs bestimmen. Ihr Handwerkszeug sind Modelle, Diagramme, Prognosen und Wahrscheinlichkeiten. Doch schon Intensivärztinnen, Lungenfachärztinnen oder ganzheitlich orientierte Mediziner kommen oftmals zu anderen Auffassungen. Nähme man noch Menschen aus anderen Fachdisziplinen und Berufen hinzu, vielleicht auch ein Paar Eltern oder Künstlerinnen, so wären differenziertere, abgewogenere Ergebnisse denkbar. So aber führt das manchmal schon belächelte Diktat des „herrschenden Virologiats“ zu einer Engführung der Politik.

Unter dem Druck der Krise entstand unmerklich eine Herrschaftsform, wie sie zuvor schon öfter gefordert worden war. Die Herrschaft der Wissenschaftler – oder Technokratie.

„Follow the science“ war wie selbstverständlich zu einem Schlagwort zahlloser Klimaschützer geworden. Ist das nicht richtig? Gilt es nicht denjenigen zu folgen, die wirklich Ahnung haben?

Nein. Die Forderung ignoriert das Wesen des Geisteslebens und verkennt (bzw. verwechselt) Geistes- und Rechtsleben. Die „Haltung“ oder „Anweisung“ des Geisteslebens ist auch nie einheitlich oder klar. Dieses spricht nicht mit einer einzigen, einheitlichen Stimme. Es hat keinen kollektiven Charakter. Und keinen bestimmenden. Vielmehr ist es ein Ort permanenten Ringens – oft auch Streits – um die rechte, die bestmögliche Erkenntnis. In jedem Individuum,

jedem Begriff, jedem Gedanken, jeder Entscheidung, jeder bewussten Handlung wird Erkenntnis, wird Geistesleben präsent und wirksam. In und durch uns – das Individuum.

Wenn aber eine bestimmte Ansicht allgemeine Geltung verlangt oder gar Herrschaft über alle, wenn sie glaubt, vorschreiben zu können, was für die Menschen richtig ist und was falsch, was man glauben, denken, sagen oder tun darf, dann wird es gefährlich – oder sogar böse. Was in Form von Recht und Gesetzen für alle gelten soll, das kann heute nicht (mehr) einseitig verordnet, das muss vielmehr miteinander ausgehandelt und demokratisch entschieden werden. Anderenfalls träte an die Stelle des Rechts das Diktat, an die der Demokratie die Diktatur.

Die Tendenz zur Technokratie oder Expertokratie stellt eine immer größere Gefahr für die Demokratien dar. Die von wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmte Politik wird blind gerade für das Eigentliche der Politik, die Menschen. Sie neigt dazu, Alternativen auszublenden und sich gegen gesellschaftlichen Widerspruch zu immunisieren. Sie unterdrückt und zensiert Debatten, schließlich kann man sich ja nicht gegen die Wissenschaft stellen. Wer eine solche Politik vertritt, verkennt, dass die Wissenschaft selbst plural ist. Jedenfalls, solange sie noch Wissenschaft ist. Wo sie ihre Pluralität aufgibt, wo sie neue Erkenntnissen und andere Zugänge ausschließt, hat sie diesen Charakter und Geltungsanspruch bereits verloren. Denn Wissenschaft ist kein feststehender Inhalt, sondern ein offenes, plurales Verfahren.

In der Demokratie kann nie nur *eine* Sichtweise gelten. Vielmehr müssen verschiedene gegeneinander abgewogen werden. Wo das nicht oder nicht ausreichend der Fall ist, lehnen sich die Menschen dagegen auf. Das ist verständlich und berechtigt. Gefährlich aber ist der Unwillen, andere Sichtweisen anzuerkennen. Diese Haltung nimmt auf beiden Seiten zu. Wie in einem spiegelbildlichen Misstrauens-Überbietungswettbewerb weigern sie sich, das Berechtigte der anderen Sicht anzuerkennen. Wer so denkt, vergiftet und zerstört den demokratischen Diskurs. Er baut mit an einer undemokratischen Welt aus unbeirrbar vertretenen einseitigen Welt- und verzerrenden Feindbildern, die mehr und mehr Menschen beherrschen.

Was zunächst angesichts der prognostizierten Gefahr einer dramatischen, das Gesundheitssystem überfordernden Pandemie zum Schutz der Bevölkerung als richtig erachtet wurde – akut und zentral verordnete Beschränkungen – das fängt an, im Empfinden einer zunehmenden Zahl von Menschen umzuschlagen. Sie klagen über Repression von oben und protestieren gegen die Einschränkung ihrer Freiheits- und Bürgerrechte. Grund ist ein dramatisches Versäumnis der Politik: Die betroffenen Menschen werden nicht einbezogen, nicht gehört, nicht gefragt. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Wie anders wäre es gewesen, wenn nach einer kurzen Zeit, in der die Prognosen und Modellrechnungen einiger Virologen fast allein das Handeln bestimmten, bald schon offene, dialogische und demokratische

Verfahren entwickelt worden wären? Runde Tische mit Ärzten und Pflegekräften unterschiedlicher Fachgebiete und Sichtweisen zum Beispiel – oder Runde Tische zu den Kindern mit Erziehern, Lehrern, Eltern, Jugend- und Sozialämtern und freien Trägern! Wenn im Sinne funktionaler Gliederung und demokratischer Selbstverwaltung mehr miteinander als übereinander gesprochen, vereinbart und entschieden worden wäre!

Auszeit – Die Krise als Chance

„Time out“ nennt sich etwa im Sport eine Unterbrechung des Spiels, in der beide Mannschaften sich sammeln, Zeit nehmen und neu überlegen können, wie sie fortan das Spiel gestalten wollen. Corona offeriert uns die Möglichkeit, aus dem Abstand der erzwungenen Quarantäne auf unsere Welt und unser Leben zu schauen. Wir können in uns hineinhorchen und uns fragen, was uns wirklich wichtig ist, wie wir in den nächsten Jahren arbeiten und leben, wo wir die Schwerpunkte setzen und was wir in Zukunft anders machen wollen.

- Können wir, zum Beispiel, ein anderes Verhältnis zur Erde finden?
- Können wir lernen, mit den Tieren anders umzugehen?
- Können wir anders wirtschaften, ganzheitlicher, nachhaltiger und in Kooperation statt in Konkurrenz?
- Können wir Gesellschaft anders gestalten, freiheitlicher, demokratischer und solidarischer? Können wir Entscheidungen anders treffen, demokratisch und mit- statt gegeneinander?

Wir lernen gerade, dass es möglich ist, neu zu denken und Dinge ganz anders zu machen als bisher. So kann jede Krise zur Chance werden für eine gründliche Neu-Besinnung unseres Verhältnisses zur Erde, denn die gegenwärtige Pandemie hat bewiesen, zu welch großen Veränderungen wir fähig sind, wenn es uns notwendig erscheint. Dann gelingen uns in kürzester Zeit Veränderungen, die vorher über Jahre nicht möglich schienen. Das ist vielleicht die wichtigste Erfahrung der letzten Wochen und Monate. Wir dürfen sie nicht vergessen.

Ertrinken im Meer der Schulden?

Ich glaube, dass die Zeit nach Corona die politischste sein wird, die wir je erlebt haben werden. „Politisch“ meine ich hier im besten Sinne. Denn es geht um unsere Polis, um das Gemeinwesen. Es werden fundamentale Entscheidungen anstehen und gefällt werden müssen. Und ich hoffe, Sie sind dabei! Denn die Zeit ist vorbei, in der fundamentale Entscheidungen für das Ganze hinter verschlossenen Türen von einer Handvoll Menschen gefällt werden konnten. Wir brauchen für all die anstehenden Fragen eine transparente und öffentliche Debatte, das Abwägen unterschiedlicher Wege und am Ende die größtmögliche Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen selbst. Das wird nicht von selbst kommen. Vielmehr muss man dafür kämpfen. Bereiten Sie sich gerne schon einmal darauf vor.

Die großen und schweren Fragen, die nach der Pandemie zu klären sein werden, beginnen schon mit dem Problem der Schulden. Die Folgekosten der Pandemie werden täglich unkalkulierbarer. Nur ein Beispiel: 1,2 Billionen Euro beträgt bislang (Stand: Mitte Mai 2020) alleine das von der deutschen Regierung aufgelegte Hilfsprogramm für die deutsche Wirtschaft. Hinzu kommen weitere Ausgaben für europäische und bilaterale Hilfen. Es ist das größte Hilfsprogramm der deutschen Geschichte. Das reißt tiefe Löcher in ohnehin schon leere Kassen. Hinzu kommt eine Verringerung des Steueraufkommens alleine im Jahr 2020 um voraussichtlich weitere 100 Milliarden Euro.

Wer soll diese Schulden tragen? Wie – und von wem – sollen sie je zurückgezahlt werden? Im Augenblick buchen wir sie ungefragt auf die nach uns kommenden Generationen. Damit belasten wir deren Zukunft schwer. Und es sind ja nicht die einzigen Schulden. Vielmehr erhöhen sie in aller Regel nur einen vorher schon bestehenden gigantischen Schuldenstand. Unser Geldsystem ist heute schon von dauerhaft nicht hinnehmbaren Disparitäten bestimmt. Das Gemeinwesen, die öffentliche Hand, Staaten, Regionen und Gemeinden versinken in einem Meer von Schulden, während andere Vermögensbesitzer zugleich maß- und sinnlosen Reichtum anhäufen. Unabhängig von ökonomischen und politischen Fehlern, die ganz zweifellos hier und da das Problem verschärft haben, verweisen diese Symptome auf ganz grundsätzliche Defekte unseres Geldsystems.

Die aktuelle Krise könnte Anlass sein, diese ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und über eine grundlegende Geldreform als einzig dauerhaften Weg zur Lösung des Problems nachzudenken. In der Sektion für Sozialwissenschaften und den weltweit angegliederten Arbeitskreisen und Instituten arbeiten wir seit vielen Jahren an Ansätzen und Bausteinen hierzu. Eine Grundlage hierfür ist der Nationalökonomische Kurs Rudolf Steiners, in dem dieser als einer der ersten dieses Problem erkannt, durchdacht und Wege zur Gesundung des Geldes entwickelt hat.³ In Deutschland organisiert die bei ihrer Entstehung aus dem anthroposophischen Sozialimpuls inspirierte GLS-Bank jährlich einen großen „Geldgipfel“, auf dem Experten und Interessenten gemeinsam über einen zeitgemäßen Geldbegriff und Elemente zu seiner Durchsetzung sprechen.⁴ Auch am Goetheanum, dem Sitz unserer Hochschule, widmen wir uns diesem Themenfeld – zuletzt etwa im November 2019 bei der Tagung „Ökonomie der Brüderlichkeit – Geld im Lichte von Freiheit und Karma“.⁵ Zu dieser so dringenden und überfälligen Reform unseres Geldwesens ist also schon viel gearbeitet worden. Nicht nur auf der Grundlage des Werks Rudolf Steiners⁶, auch auf anderen Wegen.

3 Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, Aufgaben einer neuen Wirtschaftswissenschaft I, Gesamtausgabe Band 240, Dornach, 2002

4 <https://www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel/geldgipfel-2020/>

5 https://www.confodera.ch/assets/uploads/files/confodera/Aktuelles_Archiv/Archiv/Veranstaltungen/Programm_Ökonomie%20der%20Brüderlichkeit.pdf

6 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Dornach 1976

Und doch kommen die hiermit Befassten zu ganz ähnlichen Ansätzen. Es wäre also zu wünschen, dass die Diskussion dazu endlich beginnt. Wie wäre es, wenn die Regierungen, anstatt z. B. zu einem weiteren „Autogipfel“ mit dem fragwürdigen Ziel der Rettung einer in der Vergangenheit verhafteten Industrie einzuladen, nun erstmals breit zu einem offiziellen „Geldgipfel“ einladen – mit dem Ziel, das Geldwesen umfassend im Sinne von mehr Nachhaltigkeit, Angemessenheit, Solidarität und Freiheit zu reformieren?

Demokratie und Charakter

Corona zieht den Schleier weg, bringt an den Tag, konkretisiert, macht klar, was und wieviel sich auf dieser Erde ändern muss, damit wir nicht von einer bedrohlichen Krise in die nächste taumeln. Diese Krise lässt wie unter einem Brennglas zahlreiche geistig-kulturelle, ökonomische und politische Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten unbedacht, unvernünftig und mit einem zu geringen Bewusstsein unserer Verantwortung für das Ganze der Schöpfung und der Erde getroffen wurden, nun überdeutlich zu Tage treten. Sie zeigen sich in ihren oft fatalen Auswirkungen klarer als zuvor. Mit der großen Corona-Pause hätten wir die unerwartete Möglichkeit bekommen, unsere wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Systeme zu reformieren und umzubauen. Es ist keineswegs ausgemacht, wie es ausgeht – aber es liegt in unseren Händen.

In Bezug auf Demokratie und Recht hat die Pandemie die meisten Länder und Gesellschaften wie mit einem Fußtritt zurück in die Vergangenheit befördert. Von einem Tag auf den anderen fand man sich in längst überwunden geglaubten Verhältnissen. An die Stelle gründlich diskutierter Parlamentsbeschlüsse und Gesetze traten eilig zusammengeschriebene Verordnungen. Grundrechte – vom Allgemeinen Persönlichkeitsrecht über die Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Berufsfreiheit, Eigentumsgarantie und die Freiheit der Religionsausübung – wurden in einem Maße eingeschränkt, wie das sonst nur in Kriegszeiten der Fall war.

Ausmaß, Weg und Form waren in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. So erlaubt der Umgang mit dieser Herausforderung auch einen Kulturen- und Systemvergleich. Und er demonstriert die Stärken und Schwächen der uns Regierenden. Interessant und lehrreich ist zum Beispiel ein Blick auf Neuseeland, Finnland, Dänemark, Island und Deutschland. Diese Länder sind bislang relativ erfolgreich durch die Pandemie gekommen. Sie haben vergleichsweise niedrige Infektionsraten und/oder wenige Todesfälle. Und sie werden alle von weiblichen Staatsoberhäuptern regiert! Auch hierin können wir, vor dem Hintergrund, dass Regieren jahrhundertlang als männliche Domäne galt, einen Hinweis sehen auf die neuen Qualitäten, die in der Politik und Gesellschaftsgestaltung in Zukunft unverzichtbar werden.

Umgekehrt sehen wir mit großer Sorge und extremem Schmerz: Wo die Regierung von Männern

geführt werden, die sich gerne als besonders starke Typen, als unbesiegbare Gewinner, als Machos oder als Populisten gerieren, herrscht derzeit zumeist nicht nur heftige, oft unüberwindliche Konfrontation und gegenseitige Schuldzuweisung, sondern meist auch erschütternde Inkompetenz. Das Ausmaß der Gefahr für die Bürger hängt eben ganz wesentlich mit ab vom System, in dem sie leben, und von der Qualität ihrer Repräsentanten. Leugnen, Vertuschen, Selbstinszenierung, Unterdrückung, Einschüchterung, staatliche oder polizeiliche Brutalität: antidemokratische Systeme werden in Corona-Zeiten noch rigorosier – polarisieren ihre Gesellschaft und haben schlechtere Ergebnisse. In einer solch unsicheren, präzedenzlosen Situation hängt letztlich alles von der Frage ab: „Kann ich den Menschen, die jetzt entscheiden, vertrauen? Wem schulden sie Rechenschaft? Was treibt sie? In wessen Namen und Interesse handeln sie?“ Und davon, dass sich diese Leute ständig der Diskussion und Beurteilung stellen müssen: im Parlament, in der Öffentlichkeit, in direkten Abstimmungen und schließlich auch in den politischen Wahlen. Die Tendenz, in der Krise nach dem „starken Mann“ zu rufen, oder Demokratie durch Technokratie ersetzen zu wollen, ist hochgefährlich. Demokratie ist gerade in Situationen der Bedrohung noch wichtiger als sonst. Und die Qualität von Demokratien bemisst sich auch daran, ob ihre Verfahren offen und flexibel genug sind, auch in extremen Fällen auf demokratisch legitimiertem Wege zu angemessenen und maßvollen Entscheidungen zu kommen.

Politik vom Kopf auf die Füße stellen

Auch wenn die Situation von Land zu Land verschieden ist, so lässt sich doch sagen: Zu Beginn verständigten sich die Menschen fast überall darauf, sich um der Schwächsten willen solidarisch zu verhalten und trugen angeordnete Maßnahmen mit. Das aber ändert sich. Denn am Anfang, als die Gefahr immens schien und noch wenig belastbare Informationen und Erfahrungen im Umgang mit der Krise existierten, konnte der Staat nicht anders reagieren als mit massiven Einschränkungen und pauschalen Anordnungen von oben. Inzwischen aber ist das anders. Inzwischen haben wir ein weit differenzierteres Bild und sehr viel genauere Kenntnisse der Lage. Jetzt ist ein anderes, weit weniger massives und pauschales Vorgehen gefragt. Damit aber tun sich die Verantwortlichen schwer. Und so, wie es zu Beginn eine Tugend war, zur Vermeidung von Gefahr für andere den Anordnungen präzise zu folgen, wäre es Monate später geradezu unheimlich, ja erschreckend, wenn eine Gesellschaft im Ausnahmezustand weiterhin einfach lammfromm der Obrigkeit folgte. Meinungsunterschiede, Diskussion und in begründeten Fällen auch Widerstand gehören zu den essentiellen Bedingungen und Notwendigkeiten einer Demokratie. Wir sind nicht Untertanen, sondern freie, selbstbestimmte Individuen.

Es ist unverkennbar: Bestimmte umsatzstarke Unternehmen und mächtige Verbände haben großen Einfluss auf die Politik. Wenn ich Deutschland als Beispiel nehme, so sind das dort etwa die Automobilhersteller, die Lufthansa oder auch der Deutsche Fußballbund. Sie bekamen sehr früh Gehör – und

großzügige Unterstützung oder Erleichterungen bei den Einschränkungen. Aber andere Gruppen und Individuen, die möglicherweise viel dringender das Ohr und die Aufmerksamkeit der Politik bräuchten, tun sich schwerer. Die gegenwärtigen Maßnahmen gehen zum Beispiel völlig an den Lebensrealitäten von Eltern, Kindern, Kindergärten und Schulen vorbei. Kinder, die am wenigsten gefährdet sind und am meisten Luft und Licht, Spiel, Bewegung und Begegnungen brauchen, über Monate in engen Wohnungen und Häusern einzusperrern, ist wenig zielführend und pädagogisch und sozial untragbar. Dass diese Beschränkungen zu den letzten gehören, die aufgehoben werden, zeigt, wie wenig kindgerecht und kinderfreundlich unsere Gesellschaften noch immer sind. Das Wissenschaftlergremium, das sich in Deutschland sehr wirksam zu dieser Frage geäußert hat, die Nationale Akademie der Wissenschaften, besteht seinerseits aus Akademikern, von denen niemand jünger als 50 ist und nur zwei von 24 Mitgliedern weiblich sind.

Ich nehme das als Beispiel dafür, wie unser Staat und Gemeinwesen sich verändern müssen. Denn die Menschheit selbst hat sich geändert und wird das weiter tun. Sie befindet sich auf diesem Weg an einem entscheidenden Übergang: Von der Fremd- zur Selbstführung. Strebte sie „im Anfange der Kulturzustände nach der Entstehung sozialer Verbände“, denen das Interesse des Individuums untergeordnet wurde, so führt „die weitere Entwicklung [...] zur Befreiung des Individuums von dem Interesse der Verbände und zur freien Entfaltung der Bedürfnisse und Kräfte des Einzelnen“, schreibt Rudolf Steiner im sogenannten „Soziologischen Grundgesetz“⁷.

Im Mittelalter etwa erlebte die Menschheit das Recht noch als etwas, das wie von außen und von oben kam. Es lag in den Händen einiger weniger: Könige, Landesherrn, Fürsten. Heute hat sich das Bewusstsein der Menschen und damit das Verhältnis des Einzelnen zum Recht gewandelt. Wir sind freier geworden. Und damit auch individueller. Das heißt aber auch: verantwortlicher. Der „Souverän“ ist heute nicht mehr der Fürst oder König, sondern die Gemeinschaft freier und gleicher Bürger. Wir Menschen bringen das Recht gemeinsam hervor. Damit kann nur heute noch dasjenige als Recht angesehen werden, bei dem jede/r die Möglichkeit hatte, mitzuwirken. Der Obrigkeitsstaat muss abgelöst werden von einem von allen Bürgern gemeinsam gestalteten und verantworteten demokratischen Rechtsstaat.

Selbstverwaltung und Bürgerräte

Dafür braucht es neue Formen von Demokratie. Je vielfältiger die Meinungen und Perspektiven sind, die in politische Entscheidungen einfließen, desto besser sind am Ende auch die Entscheidungen selbst. Gerade jetzt, als Konsequenz aus den widersprüchlichen Erfahrungen in der Corona-Pandemie, geht es darum, neue Formen der Beteiligung und

⁷ Rudolf Steiner: Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte 1887 - 1901, GA 31 (1966), S. 255, erstmals veröffentlicht in: Rudolf Steiner: Freiheit und Gesellschaft, Magazin für Literatur 1898, 67. Jg., Nr. 29 und 30

Entscheidung zu schaffen. Es müssen alle wichtigen Stimmen einfließen können. Bei den Entscheidungen zur Reaktion auf eine Pandemie stellen sich ja bei weitem nicht nur medizinische Fragen. Die Mitwirkung der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, der Rechts- und Politikwissenschaft sind zum Beispiel ebenso unverzichtbar. Sie sollten in den entsprechenden Beratungsgremien der Regierungen angemessen vertreten sein.

Noch wichtiger aber ist es, nicht nur Experten, sondern die Betroffenen und die Bürger selbst einzubeziehen. Eine Möglichkeit dazu wäre, auf den verschiedenen Ebenen Runde Tische zu etablieren, an denen sich die verschiedenen Sichtweisen treffen und zu einem Ausgleich gelangen. Eine andere wären repräsentativ zu besetzende Bürgerräte. Auf allen Ebenen, im Stadtviertel bzw. der Gemeinde, auf Stadt-, Landkreis-, Regions- und Länderebene, können während dieser schwierigen Zeit solche partizipativen Beteiligungsgremien geschaffen werden. Die Folge wäre eine wesentlich bürgernähere Politik. Ich bin mir sicher: Sobald die Menschen selbst miteinander zu sprechen anfangen, wie sie in ihren Vierteln das Leben mit den Kindern oder die Versorgung von Älteren, Einsamen und Risikogruppen organisieren wollen, entstehen weitaus lebenspraktischere und wirklichkeitstauglichere Vorschläge, als wenn dies weit weg in einer Behörde geschieht.

Dieser Schritt lässt sich noch weiterdenken. Denn wir brauchen für die großen Aufgaben, die vor uns liegen, ein wirklich starkes und leistungsfähiges, selbstbestimmtes, demokratisches und solidarisches Gemeinwesen. Heute entscheidet ein und dieselbe Regierung zentral und von oben über die denkbar unterschiedlichsten Fragen – von Theater- und Schulschließungen oder der Einschränkung von Gottesdiensten bis hin zu Kaufprämien für Automobilkunden oder strategischen Entscheidungen für den künftigen Betrieb einer Fluggesellschaft. Ginge das nicht auch besser, sachkundiger, bürgernäher und demokratischer? Stellen wir uns also einmal vor, wir hätten nicht eine Regierung, die über alle noch so unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche hinweg bis in die kleinen Details hinein entscheidet, sondern wir hätten eine Form von Politik, in der die Aufgaben selbstverwaltet, dezentral und näher bei den Menschen besprochen und gelöst werden.

Ent-Machtung und Gliederung der Gesellschaft

Nehmen wir, um es konkreter zu machen, als Beispiel die Schulen. Sie wurden zuletzt monatelang durch zentralistische staatliche Anordnung geschlossen, vollständig, ohne auch nur die kleinste Ausnahme, genauso wie Spielplätze und Parks, Kindergärten und andere Beratungs- und Betreuungseinrichtungen. Eltern fanden sich in der Folge mit ihren Kindern zuhause festgesetzt, Kinder waren in dunklen und engen Räumen für endlose Zeiträume sich selbst überlassen oder manchmal dem Einfluss alkoholisierten, verzweifelter, unbeherrschter Erwachsener ausgeliefert. Die Jugendämter, die Betreuerinnen, die Lehrer wussten von diesen Fällen. Aber sie konnten,

ja sie durften nichts tun! Die riesigen Schulanlagen standen derweil gähnend leer. Das war eine von Virologen erdachte Verordnung, nicht eine von Pädagogen oder betroffenen Eltern. Ich bin sicher, wenn man den Rahmen deutlich gemacht und dann die Verantwortung in die Selbstverwaltung der mit Schule und Erziehung befassten Menschen gegeben hätte, und nicht in die einer von Virologen beratenen Bürokratie, wäre es zu wesentlich sinnvollerem und besseren Lösungen gekommen.

Der Staat müsste nur sagen: Das sind die Gesichtspunkte, die ihr nicht aus den Augen verlieren dürft – und jetzt schaut mal, ob ihr es besser schafft, ob ihr eine Art und Weise findet, mit euren Kindern umzugehen, die beidem gerecht wird: Dem Ansteckungsschutz wie dem Spiel- und Bewegungsbedürfnis der Kinder. Dann könnte es weiterhin sein, dass manche Schulen schließen, aber an anderen findet vielleicht trotzdem Schule statt – nur anders, in Bewegung, an verteilten Orten, im Freien oder in Formen, auf die vorher keine/r gekommen wäre. Es geht dabei um die Kraft der Selbstorganisation, darum, dass und wie Menschen miteinander den geeigneten Weg finden, aus der Kenntnis der zu beachtenden Gesichtspunkte sowie des jeweiligen Bereiches und der konkreten Kinder.

So könnte, auch auf den anderen Gebieten, nach und nach Selbstverwaltung entstehen. Sinnvoll wäre dabei, neben dem Aspekt der Selbstverwaltung selbst, eine Gliederung nach den kategorial unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen der Kultur (mit Bildung, Kunst, Wissenschaft und Religion), des Rechtlich-Politischen und der Wirtschaft.

Die Zeit, in der Gesellschaft einheitlich und zentralistisch von oben nach unten geordnet und regiert wurde, ist vorbei. Eine neue Zeit ist angebrochen. Die Menschen wollen nicht übersehen und nicht übergangen, sie wollen gefragt, gehört und beteiligt werden. Sie wollen erleben, dass ihr Wort und ihre Stimme zählt. Wenn die Regierungen diesen Ruf überhören und die Menschen immer weiter unmündig halten und übergehen, dann wird sich die schon jetzt weltweit zu beobachtende Empörung und Ablehnung der bisherigen Formen und ihrer Protagonisten noch steigern. Diese Ablehnung hat ihren Ursprung in dem manchmal auch unbewussten inneren Wunsch, als Mensch ernst genommen zu werden – auch wenn dieser sich oft eher in Anklage, Wut und Empörung äußert.

Wenn diese Kraft nicht ihre sinnvolle Betätigung und ihren angemessenen Ausdruck findet, droht sie, destruktiv zu werden. Rudolf Steiner wies darauf hin, wie die sich emporringende Kraft der Individualität zunehmend in Egoismus, Vereinzelung und Zerstörung führen muss, wenn wir uns nicht entschließen, die Gesellschaft dementsprechend neu einzurichten und die soziale Ordnung auf die Kraft menschlicher Selbstverwaltung zu bauen. Mit dem Weg in neue Formen funktionaler Gliederung und Selbstverwaltung aber wächst eine neue Fähigkeit und Kraft. Diese entfaltet sich aus der konkreten Erfahrung aktiver Teilhabe – und zwar in zwei Richtungen zur gleichen

Zeit: nach innen als eine das Individuum stärkende Erfahrung und Kraft der Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmung – und nach außen als wachsende Fähigkeit zur Anerkennung und Rücksichtnahme auf andere, zum Verständnis und Einbezug größerer Zusammenhänge und schließlich zur Empfindung der Verantwortung für das Ganze.

Von der Herrschaft zur Beziehung

Lange haben wir die Erde wie ein beliebiges Objekt betrachtet. Wir haben sie mit Füßen getreten, geplündert, vergiftet, zerstört. Ganz ähnlich haben wir gegenüber den Tieren gehandelt. Was wir diesen wunderbaren Wesen noch heute täglich antun – etwa in der industriellen Massentierhaltung oder durch die Zerstörung ihrer Lebensräume und die Ausrottung unzähliger Arten, ist kaum zu ertragen und erfüllt uns mit Schuld und Scham. Wir haben auch Menschen zu Objekten gemacht und tun das noch immer. Wir haben sie ausgebeutet, verfolgt, unterworfen, versklavt. Nun werden wir durch eine dramatische Folge von Krisen darauf hingewiesen, dass es so nicht mehr weitergeht. Wir müssen ein anderes Verhältnis gewinnen zu den Menschen, die vor, mit, um und nach uns leben – und die mit uns verbunden und für uns da sind, genau wie wir für sie –, ein anderes Verhältnis zu den Pflanzen, denen wir so unendlich viel verdanken, nicht zuletzt all die Schönheit, unser Leben und unsere Gesundheit, ein anderes Verhältnis zu den Tieren, die unsere Begleiter und Gefährten sind und ein anders Verhältnis zu der Erde, die uns trägt und erträgt – und ohne die wir nicht wären.

All diese Wege sind zugleich Wege ins Spirituelle. Wir überschreiten die engen Grenzen unseres Vorstellungsbewusstseins zum Spirituellen hin, wenn es um ein neues Verhältnis zur Tierwelt geht, um ein solches zur Pflanzenwelt oder zur Erde. Denn dieses Verhältnis meint Beziehung, Verbindung zu etwas, dem ich nur begegnen kann, wenn ich die engen Grenzen abstrakten Denkens und leibgebundenen Erlebens bewusst und aktiv übersteige. Genauso ist es bei der Begründung einer anderen Ökonomie, die nicht zuvörderst auf den Profit achtet, auf den materiellen, den monetären Verdienst, sondern auf das, was wir für die Erde und für die anderen Menschen tun können. Und wir sind auch im Spirituellen, wenn wir im Politischen nicht mehr in Dekreten, in Anordnung und Ausführung denken, sondern wenn wir gemeinsam versuchen, durch Gespräch, durch Dialog und durch gemeinsame Entscheidung die uns von der Zeit und dem Schicksal gestellten Fragen zu lösen. Immer geht es um die Überschreitung der eigenen Grenzen und um die Öffnung für das je andere Wesen. Dies – und nicht mehr Macht und Beherrschung – ist der neue Ur-Gestus des Sozialen. ■

Gerald Häfner,

geboren in München, war Mitgründer der Grünen, Begründer der Organisationen Mehr Demokratie e.V., Democracy International sowie der Petra Kelly Stiftung und wirkte viele Jahre als Abgeordneter im deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament. Seit Oktober 2015 ist er Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum.

Gesundheitswesen, Corona-Krise und soziale Dreigliederung

Stefan Padberg

„Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Früchte derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

Wilhelm von Humboldt, „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, [...]

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. [...]

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 2

Im Licht der aktuellen Corona-Krise machen wir gerade die Erfahrung, dass das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das auf körperliche Unversehrtheit miteinander in Widerspruch geraten können. Die zuständigen Behörden müssen, wenn sie das Recht auf körperliche Unversehrtheit für die Bürgerinnen und Bürger sichern wollen, in das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eingreifen, indem sie z.B. Quarantänemaßnahmen verhängen oder Distanzregeln festlegen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Das Recht auf Leben

Man könnte jetzt die Frage stellen, warum der Staat überhaupt das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger schützen soll. Ist das nicht Privatsache? Kein Mensch wird sich doch freiwillig in Gefahr begeben. Wir müssen für so vieles mittlerweile gerade im Gesundheitsbereich eigenständig Vorsorge treffen. Das fängt bei der Wahl der Krankenversicherung und diverser Zusatzversicherungen an, geht über die Wahl der Therapie bzw. des Arztes oder Therapeuten und endet meist nicht mit der Patientenverfügung und der Vorsorgevollmacht. Der Besuch einer Arztpraxis oder eines Krankenhauses gleicht heute oft einem Crashkurs in Juristik, wenn man Dutzende von Merkblättern und Formularen durchlesen und abzeichnen muss. Und alles nur, weil unsere Rechte als Patienten respektiert werden müssen.

Und jetzt das! In der Corona-Krise dürfen wir auf einmal nicht mehr selbst entscheiden, welche Risiken wir eingehen wollen und welche lieber nicht. Das ist für viele von uns eine völlig neue Erfahrung. Wir